

VORAN

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Vorarlberg

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 173 September 1995

C 10321 E



DER JUGEND EINER ZUKUNFT Schluß mit Lehrstellenabbau und Bildungsclau

Das neue Lehrjahr steht vor der Tür. Noch immer sind 165.000 Jugendliche in Ost und West auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Das neue Schuljahr hat begonnen. Der Schullauf hat überfüllten Klassen und ausfallenden Unterrichtsstunden fängt wieder an. Doch der bayerische Kultusminister sorgt sich vor allem um die Kruxfixe in den Klassenzimmern.

Wer monatelang dutzende von Betrieben abgeklappert hat, um eine Lehrstelle zu finden, der weiß, wie man sich hinterher fühlt. Wenn hinter einem noch zehn andere stehen, fragt man nicht lange, ob der angebotene Beruf überhaupt noch eine Zukunft hat. Trotzdem - die An-

werter ist meistens ein absehbare, "Tut mir leid." Hörst du dich aber eher an wie: "Du bist für uns wertlos, wir brauchen Dich nicht."

Und selbst wer einen Ausbildungsplatz gefunden hat, kann nur vorläufig aufatmen. Übernahme nach der Lehre wird allmählich zum Fremdwort. Höchstens für sechs Monate geht's noch weiter, und das auch nur, wenn sich Gewerkschaft, Jugendvertretung und Betriebsräte dafür stark machen. Also nur noch ein kurzer Aufschub, bis der Weg zum Arbeitsamt angereitet werden muß.

Ohne Moos nix los. Das gilt nicht nur für arbeitslose Jugendliche, sondern auch für SchülerInnen und StudentInnen. Lehrmittelfreiheit? Von wegen. Bü-

cher, Kopien, Klassenfahrten, Unterrichtsmaterial - das alles will bezahlt sein. Ganz zu schweigen von Nachhilfe.

Für StudentInnen gibt es BatöG? Im Prinzip ja, aber bundesweit erhalten nur noch ganze 5% der StudentInnen den Höchstsatz, der ohnehin zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Billige Studentenwohnungen gibt es nicht. Und wovon das BatöG-Darlehen zurückzahlen, wenn man hinterher arbeitslos wird?

Du suchst Dir einen Job nebenher oder in den Ferien. Doch solche Jobs für SchülerInnen und StudentInnen werden seltener und immer schlechter bezahlt. Außerdem: Was ist das für eine Gesellschaft, in der Jugendliche zusätzlich zu ihrem Lebensum arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern, während andererseits Millionen ausgebildeter Kräfte arbeitslos sind?

Weder Bundeswehr nach Bosnien noch Atomtests auf Mururoa

50 Jahre nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki will die französische Regierung neue Atombomben testen. Gegen den Widerstand der Menschen in der Region und der ganzen Welt. In rücksichtsloser Kolonialherrenart wird die Heimat der Menschen im Südpazifik atomar versucht.

50 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs, gut 5 Jahre nach Ende des Kalten Krieges wären das aber nicht die letzten Atomtests, wie die französische Regierung behauptet. Viel eher wäre es der Beginn eines neuen atomaren Rüstens der Atomwaffenstaaten.

Stoppt die Kriegstreiber

Am 1. September, dem Antikriegstag, und danach finden viele Veranstaltungen und Kundgebungen statt. Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)

trifft jeden und jede zur aktiven Teilnahme auf. Wir solidarisieren uns mit der französischen Anti-Atomtest-Bewegung. Wir rufen auf zum Protest gegen die Atomtests, gegen Militarismus, Rüstung und Krieg!

Fortsetzung Seite 3
Und: Grußadresse von JRE-Frankreich - Rostocker Aktion gegen Bundeswehreinätze

Bildung und Ausbildung im Innentell auf den Seiten 4 und 5

- ★ Wie Aachener Schüler sich erfolgreich wehten
- ★ Wie die Chemie-Industrie Einfluß auf die Unis nimmt - VORAN-Exklusivbericht
- ★ Was Kultusminister und Industrie Schönes empfehlen
- ★ Was angehende Azubis erwartet

Eine Stadt kämpft gegen Privatisierung - Esbjerg/Dänemark

UNSER STANDPUNKT

Das Trio infernale

Frage: Was ist der Unterschied zwischen Schraping und Schröder? Antwort: Sie sind beide für Samsagsarbeit. Die zweite Preistrage war: lachen oder weinen beim Sommertheater der SPD-Troika? Die meisten werden sich für Kopfschütteln entscheiden haben.

Inhaltlich gibt es zwischen den drei Napoleons an der SPD-Spitze praktisch keine bemerkenswerten Unterschiede. Keiner von ihnen tritt für eine Politik im Interesse von Arbeitnehmern und sozial Benachteiligten ein. Ob Niedersachsen oder das Saarland, SPD-(mit)regierte Länder wie auch Kommunen unterscheiden sich in Sachen Kürzungen und Sozialabbau kaum noch von CDU-geführten. Statt gemeinsam zu kämpfen, reichen sie Angriffe der Kohleregierung, die Umschichtung von Ausgaben zu Lasten der Länder- und Gemeindefinanzen einfach an die Bevölkerung weiter. Eher bekämpfen sie sich gegenseitig bei sogenannter Standortpolitik wie zuletzt die grotesken „Autogrill“-zeigen: hier das SPD-alleinregierte Niedersachsen als Sprachrohr für VW – dort das rosa-blagrün regierte Nordrhein-Westfalen als Ford-Lobbyist.

Nun ist Schraping aber kein Ministerpräsident, sondern möchte gern Wahlen gewinnen. Deswegen darf er sich nicht allzu offensichtlich als Lobbyist der Autoindustrie oder sonstiger Konzerne darstellen. Ein bisschen soziale Rhetorik muß schon sein. Und während daher die SPD-Spitze in Bonn im Schweiße ihres Angesichts mit der Regierung um Kindergeld und Steuermodelle ringt, die den Kleinverdienern ein bisschen mehr geben und die Reichen ein bisschen zwicken, versprechen die SPD-Ministerpräsidenten „ihren“ Konzernen, genau dies zu verhindern. Den SPD-Landesfürsten ist das Herd der landesansässigen Konzerninteressen



SPD-Troika Schröder, Lafontaine, Schraping: Wahl zwischen phlegmatischer Pest oder charismatischer Cholera

näher als der bundesweite SPD-Rock.

Hinter dem Streit in der SPD-Spitze steckt der Konflikt zwischen den Schon-Regierenden und den Noch-nicht-Regierenden. Er läßt ahnen, was passiert, wenn letztere in Bonn mitregieren.

Nach Engholm ist Schraping nun der nächste in der Reihe der SPD-Vorsitzenden, die den SPD-Mitgliedern und -Wählern erst als große Hoffnungsträger verkauft werden, um sich schnell als Nieteln zu entpuppen. Dies wird auch so bleiben, so-

Ihr da oben

Einstiegslöhne

Mit Nachdruck fordern Unternehmer und ihre politischen Handlanger seit geraumer Zeit untertarifliche Einstiegsgehälter für Arbeitslose. In vielen Ländern, etwa den USA, wird dies bereits praktiziert.

Der Chef des Computerkonzerns IBM, Louis V. Gerstner, offenbarte eine et-



IBM-Chef Louis V. Gerstner: Jobwechsel für \$17,1 Mio

was großzügige Auslegung für seinen Fall. Der Spitzenmanager, der erst seit kurzem bei IBM arbeitet, bekam als Grundgehalt 2 Mio. Dollar. Als Belohnung für tau-sende vernichteter Arbeitsplätze kassierte er weitere 2,6 Mio. Bescheidene 7,8 Mio. versüßten den Abschied von seinem alten Arbeitgeber Nabisco. Da auch in den USA steigende Lebenshaltungskosten den Besserverdienenden schwer zu schaffen machen,

gab's noch ein Aktienpaket von IBM im Wert von 4,7 Mio. Macht summa summarum 17,1 Mio. Dollar. Für den Einstieg geht das gerade noch.

Augen zu und durch

Zuweilen benehmen sich Politiker wie kleine Kinder, die sich die Augen zuhalten und glauben, daß niemand sie sieht.

Zu der Forderung nach Anpassung der Sozialhilfe an die steigenden Lebenshaltungskosten meinte ein CDU-Politiker im Radio sinngemäß: Das kann ja gar nicht gehen. Dann mußte ja 1996 die Sozialhilfe um 8% erhöht werden, wenn man die Steigerung der letzten 2-3 Jahre berechnet. Das kann ja gar nicht gehen.

Oder: Als im März über die Anerkennung von Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand debattiert wurde, meinte Wolfgang Freiher von der CDU: „Wir sollen auch nicht unwidersprochen hinnehmen, daß in jeder fünften oder sechsten Ehe vergewaltigt worden sei.“

Das würde bedeuten, daß etwa fünf Millionen Männer und Frauen nach den neuen Gesetzesvorschlügen Vergewaltigter wären, die mindestens zwei bis 15 Jahre Freiheitsstrafe verdient hätten. Schon diese Dimension zeigt, daß diese Zahlen willkürlich und ohne Grundlage in den Raum gestellt werden.“



(Frankfurter Rundschau, 18.3.95)

Was nicht sein darf, gibt es nicht. Das Problem ist nur, daß solche Kindschöpfe auf unsere Kosten entscheiden dürfen.

Sozialbetrüger

Büro und die Arbeitsämter waren auch im letzten Jahr wieder den Sozialbetrügern auf der Spur. Denn bekanntlich gibt es ja viele, die es sich bedenkenlos auf unsere Kosten in der sozialen Hängematte gutgehen lassen. Hier einige Ergebnisse:

5.800 Ermittlungsverfahren gegen illegale Leiharbeit. 13 Prozent mehr als 1993, wurden angestrengt. Bei der Prüfung von Betrieben und Baustellen ergab sich in 40.000 Fällen der Verdacht, daß die Krankenkassen um Beiträge betrogen wurden. Insgesamt verhängten die Arbeitsämter 1994 Bußgelder in Höhe von 72,3 Mio DM – zwei Drittel davon gegen Arbeitgeber. 78.300 Büßgeld- und Strafverfahren wurden wegen illegaler Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitslaubnis eingeleitet. 4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Handwerkspräsident Herbert Späth befürchtet sich also in guter Gesellschaft.

Gesetzesbrecher

Einen Monat lang weigerte sich der Energieversorger Badenwerk, an ein Wasserkraft-

lange die SPD-Politik sich immer mehr den Konservativen annähert. Die Personalauswahl auf Grundlage einer solchen Politik kann nur die Wahl zwischen phlegmatischer Pest oder charismatischer Cholera sein.

Eine zweite CDU mit Sozialausschüssen als Beiwerk brauchen wir nicht. Wohl aber eine Partei, die kämpferisch für die Belange der Masse der Bevölkerung eintritt. Wenn wir uns recht erinnern, war die SPD einmal zu diesem Zweck gegründet worden.

Das sagte sich die bayerische Landesregierung in Anbetracht des skandalösen Krutifix-Urteils des Bundesverfassungsgerichts auch. Solche Urteile sind nicht hinnehmbar, da muß ein neues Gesetz her, wenn das nicht paßt, der kann ja nochmal klagen.

Diese Beispiele sollten wir uns zu Herzen nehmen. Das Urteil zum Streik-Paragraf 116 oder zum § 218 wären geeignete Anlässe. Die Gemeinden könnten ungedeckte Haushalte verabschieden, um Sozialkürzungen zu vermeiden. Wenn das dem Regierungspräsidenten nicht paßt, kann er ja klagen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Geldsorgen

Im New Yorker Schwarzenghetto Harlem starb der zwölfjährige Quentin Carter eines unnatürlichen Todes. Der vier Jahre ältere Brian W. erschloß ihn wegen 25 Cents, um seinen Hunger zu stillen.

Zu solchen Mitteln greifen wir zu müssen, wird Bill Gates wahrscheinlich erspart bleiben. Der Chef der Hightech-

Amoklauf sozialer Kahlschläger

Mit dem Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird die nächste Runde des Spiels „Wie können die Unternehmer noch reicher werden“ eingeleitet. Es ist auch zu begrüßen, daß 13 Jahre nach dem ersten Vorstoß im „Landsdorff-Papier“ von 1982 die Lohnfortzahlung immer noch unangestrichelt ist.

Zwar sind die Gewinne der Unternehmer gut, die deutsche Wirtschaft steht auf Platz 2 der Exportbilanz, während z.B. Japan noch immer im Konjunkturtief steckt - trotzdem ist der Standort Deutschland wieder mal gefährdet. In diesem Zusammenhang wird neuerdings gern auf Skandinavien verwiesen. In Schweden wurde schon ein Karenztag und die Absenkung der Lohnfortzahlung durchgesetzt. Es lebe das schwedische Modell. Überhaupt Deutsche eine Insel der glückseligen Arbeitnehmer, denn in anderen Ländern sei man längst „weiter“.

Ein Schein, wer da auf die Idee kommt, gleiche Konkurrenzbedingungen könnten ja auch durch gleich hohe soziale Standards hergestellt werden. Oder gar auf die Idee, mit dem kapitalistischen System stimme etwas nicht, wenn es sich selbst in den reichen Industrieländern keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mehr leisten will.

Aber wir können beruhigt sein: die SPD hat heftig protestiert - allerdings vorsorglich darauf hingewiesen, daß sie ein entsprechendes Gesetz nicht stoppen könne. Immerhin erwägt sie den Gang nach Karlsruhe, was - Krutifix nochmal - der Regierung sicherlich einen großen Schrecken einjagt. Die IG Metall droht gar mit Streiks.

Die nächste Runde des Abwehrkampfes wurde also auch eingeleitet. Wie so etwas nach den bisherigen Spielregeln endet, kann man z.B. bei der ersten Stufe der Pflegeversicherung bewundern: nach vielem Hin und Her zahlen die Arbeitnehmer letztlich doch die Zehne.

Es wird Zeit, daß wir die Spielregeln ändern. Absenken der Lohnfortzahlung, Einfrieren der Beitragsätze für Arbeitsversicherung, Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe - das haben sich Kapital und Kabinett für den Herbst vorgenommen. Was wollen wir uns noch alles bieten lassen, bevor endlich die volle Kampfkraft in die Waagschale geworfen wird, um den Amoklauf der sozialen Kahlschläger zu stoppen. Zum Beispiel durch einen 24stündigen Proteststreik aller DGB-Gewerkschaften. Lauwarme Protestaktionen reichen nicht mehr.

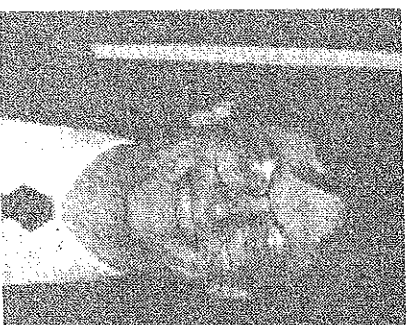
uns fehlende Geld bei den Reichen zu holen....

Experten

Die britische Zeitung „The Economist“ hat im Jahr 1984 eine Umfrage über die Entwicklung der Inflation, der Ölpreise und des Dollarwertselkurse durchgeführt. Befragt nach ihren Prognosen für das folgende Jahrzehnt wurden Finanzminister führender Industrienationen, Wirtschaftsbosse, Studenten sowie Müllmänner. Nach Ablauf des Jahrzehnts wurden jetzt die Prognosen mit der realen Entwicklung verglichen. Ergebnis der Auswertung: Die Finanzminister lagen völlig daneben. Am besten schnitten die Wirtschaftsbosse ab - und die Müllmänner.

Sicherheit

Der frühere Hamburger Intensenator Werner Hackmann, der wegen der Skandale um Mißhandlungen von Festgenommenen auf Hamburger Polizeireviere im September 1994 zurücktreten mußte, hat einen neuen Job. Er ist seit 1. September Geschäftsführer von ASD, der Allgemeinen Sicherheitsdienste in Hamburg mit 3 000 Mitarbeitern u.a. für Werk-schutz. Genügend Fachkenntnisse bringt er ja mit. Da brauchen sich die Hamburger um ihre Sicherheit auch in Zukunft keine Gedanken zu machen.



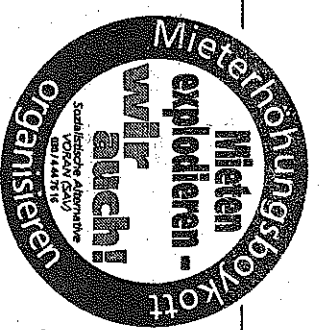
Microsoft-Chef Bill Gates: Reichster Mann der Welt

herbe Enttäuschung. Der Spitzenreiter vom Vorjahr brachte es nur noch auf Rang 3 mit einem Vermögen von 9 Milliarden Dollar.

Keinen Medaillenplatz gab es für einen deutschen Einzelkapitalisten. Aber in der „Teamwertung“ belegten unsere Klassengegner einen beachtlichen zweiten Rang mit insgesamt 53 Milliarden. Nur die USA waren besser und brachten es auf 123 Milliarden. Komme hier keiner auf den dummen Gedanken, das

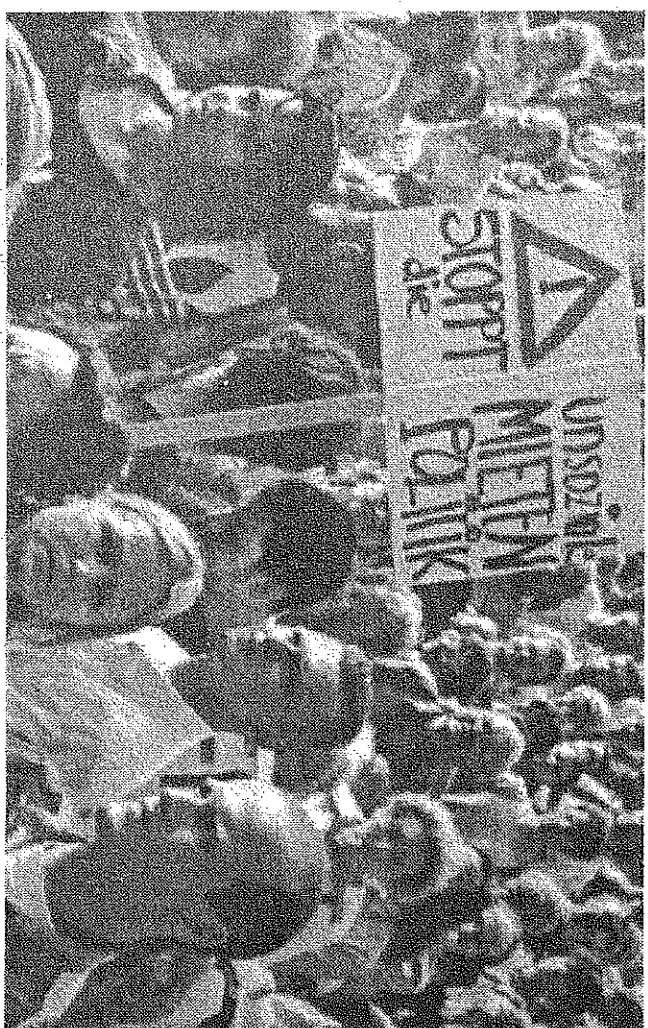
Wir hier unten





Mieterinitiativen gründen und vernetzen

Jeder 4. Mietbescheid im Osten ist falsch. Widerstand ist möglich und aussichtsreich.



Das neue Mieteneroberleitungsgesetz schnöpft die ostdeutschen Mieter weiter

Die versprochene Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ist hinsichtlich der Mieteneroberleitung schon gelungen. Die Mieterfrage wird ein Dauerthema bleiben, gerade jetzt, wo auch noch die Mietnebenkosten, die sogenannte Zweitmiete, enorm ansteigen durch Gebühren und Steuererhöhungen, die auf die Mieter abgewälzt werden. Im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg hat sich am 7. August eine weitere Mieterinitiative gegründet, nach Treptow die zweite, die von SAV initiiert wurde.

Sonja Engelhardt, SAV Berlin

Wir haben im Vorfeld der Gründung in unseren Flugblättern und in persönlichen Gesprächen mit den Mietern deutlich gemacht, daß nur die Selbstaktivität und -organisation der Mieter den ständigen Mieterhöhungen ein Ende machen kann. Bei den meisten Mietern, die wir bei unseren Hausbesuchen antrafen, stießen wir auch auf Zustimmung; nur ein Teil schien resigniert und -

vor allem ältere Leute - eingeschüchtern zu sein. Schon jetzt zahlen die Prenzlauer für 50.000 Altbauwohnungen mehr Miete als es laut Berliner Mietspiegel 94 der örtlichen Vergleichsmiete entsprechen würde. D.h. die Hälfte aller Mieter im Prenzlauer Berg werden schon jetzt von ihren Vermietern stärker zur Kasse gebeten als Mieter vergleichbarer Wohnungen im Westen.

Spekulant wollen entmieten

Dabei ist der Prenzlauer Berg Berlins ärmster Bezirk. 18.000 Prenzlauer Haushalte müssen mit einem Einkommen von weniger als 1.000 DM im Monat auskommen. Spekulant kaufen Wohnungen im Kiez auf und „entmieten“ sie systematisch, um Luxusmodernisierungen und teure Neuvermietungen durchführen zu können. Daher stehen derzeit im Prenzlauer Berg trotz Wohnungsnot und Obdachlosigkeit über 2.000 Wohnungen leer. Mindestens 20.000 Wohnungen werden nicht mehr ordnungsgemäß instand gehalten. Mieter sollen vergault wer-

Tips für Mieter

Bei der Gründungsveranstaltung haben wir deutlich gemacht, daß wir so schnell wie möglich anfangen müssen, uns zusammenzuschließen und zu wehren. Denn schon jetzt können wir einiges gegen die 15%ige Mieterhöhung unternehmen. Sie ist nämlich nur

Nein zu Atomtestes

Unser Protest richtet sich nicht gegen die Franzosen, sondern gegen die Politik der französischen Regierung. Sie ist militäristisch und rassistisch gegen

die Einwohner Polynesiens. Unser Protest richtet sich gegen die Heuschrecke, gegen den menschenverachtenden Zynismus der französischen und der deut-



Und dieselbe deutsche Regierung, die aus „humanitären“ Gründen Bundeswehrsoldaten nach Ex-Jugoslawien schickt, würde am liebsten keine Kriegsfüchtlinge mehr aufnehmen. Dieselbe Regierung will die Sozialhilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge um 20% kürzen. Ist das humanitär?

Mirjam, JRE Bundesbüro

Protest- und Grußadresse von JRE-Frankreich

Verschiedene Sektionen von Jugend gegen Rassismus in Europa führen Protestaktionen gegen die geplanten Atomtestes durch, natürlich auch JRE-Frankreich. Sie haben folgende Grußadresse an die deutsche Anti-Atomtestbewegung übersandt:

Die französische Sektion von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ verurteilt die Entscheidung der Chirac-Regierung, die Atomstriebe mit 7 oder 8 atomaren Versuchen wieder aufzu-

nehmen zu wollen. Anstatt die sozialen Probleme des Landes zu lösen, ansatz gegen Arbeitslosigkeit und Rassismus vorzugehen, hat unsere Regierung beschlossen, Milliarden für Militarismus, für den Kurs auf Aufrüstung und Krieg auszugeben. JRE erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der Völker, in erster Linie mit denen aus dem pazifischen Raum, wo der französische Kolonialismus weiterhin herrscht. Frankreich hat im Pazifik nichts zu suchen, es muß sich aus der Region sofort zu-

Nicht zahlen – kollektiv Widerspruch einlegen

Die Vermieter versuchen jedoch in der Regel, die volle Mieterhöhung geltend zu machen. Mindestens jeder 4. Mietbescheid ist falsch. Zahl der Mieter aber widerspruchsflos zweimal die geforderte Mieterhöhung, gilt dies als Zustimmung und die erhöhte Miete

muß weiter gezahlt werden. Viele Mieter fühlen sich derzeit unsicher und trauen sich nicht, alleine die Zustimmung zu verweigern, auch wenn dies berechtigt wäre. Gerade deswegen war die Gründung der Mieterinitiative unbedingt notwendig, denn die Mieter eines Wohnblocks haben in der Regel dieselben Probleme und dieselben Ansprüche. Nur wenn sich Wohnblock für Wohnblock zusammenschließen, gemeinsam Widerspruchsbescheide ausarbeiten und an den Vermieter geschlossen abschickt, kann der Kampf gegen Mietwucher erfolgreich sein.

Ziel muß es sein, in jedem Wohnblock Mieterinitiativen ins Leben zu rufen und deren Vernetzung zu organisieren. Die PDS mit ihren Stadtteilstützpunkten könnte und sollte dabei eine große Rolle spielen. Parlamentarischer Protest und juristische Mieterberatung reichen nicht. Denn: eins steht außer Frage. Wenn die Berliner Mieter erstmal anfangen, sich zu organisieren und zu wehren, bleiben Re-

gierung und Miethaie chancenlos. Das haben die zahlreichen Aktivitäten der Berliner Mieter in der Vergangenheit schon bewiesen.

Wer sich an der Mieterinitiative Prenzlauer Berg oder Treptow beteiligen will, kann Zeit und Ort der Treffen unter Tel. (030) 444 7616 erfragen. Bisher hat sich die Mieterinitiative am Prenzlauer Berg vor allem auf die Chodowkistraße, Jablonskistraße und die Wrisstraße konzentriert. Aber alle Berliner Mieter sind aufgerufen, in ihrer Straße ebenfalls eine Mieterinitiative zu gründen. Nehmt Kontakt zu uns auf, damit wir Euch eventuell dabei helfen können, und vor allem damit wir die Vernetzung der Mieterinitiativen fördern. Eine Broschüre zum Berliner Mieterkampf in der Geschichte und heute kann bezogen werden vom SAV-Stadtverband Berlin, Tel. (0 30) 4 44 76 16

Keine Bundeswehr nach Bosnien

Wie in Rostock Feldjäger zu Gejagten wurden

Am 30. Juni 95 stimmten Bundesregierung und Bundespräsident dem Einsatz deutscher Soldaten im Balkankrieg zu und schlugen damit ein neues Kapitel in der Nachkriegsgeschichte auf.

Ronald, SAV-Rostock

Gleichzeitig fand bei uns in Rostock eine einwöchige Heeresausstellung statt. Im Rahmen unserer Kampagne gegen den weltweiten Einsatz der Bundeswehr und für die Unterstützung einer Anti-Kriegsbewegung in Ex-Jugoslawien wurden wir aktiv. Wir wollten einen Zusammenhang zwischen dieser Veranstaltung mit dem Einsatz der Bundeswehr aufzeigen. Gemeinsam mit den Jungen Genossen von der PDS stellten wir Transparente und Flugblätter her und wollten damit zur

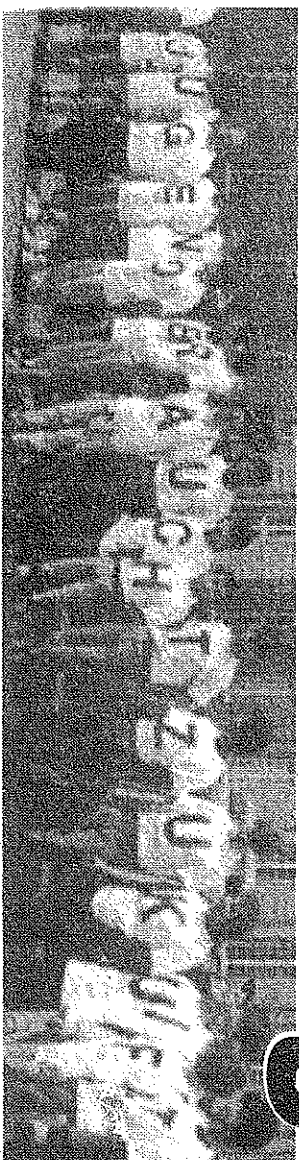
Heereschau gehen. Allerdings waren insgesamt nur etwa 2.000 Besucher bei Heeresausstellung - sehr zum Leidwesen der Militärs. Daher wechselten wir kurzzeitig den Standort und begaben uns in die Fußgängerzone, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Die Bundeswehr hatte die gleiche Idee und wollte ihre Ausstellung den Leuten schmackhaft machen. Zufällig erschienen gleichzeitig mit uns die Feldjäger mit ihren Flugblätter in der Rostocker Fußgängerzone.

Wir stellten uns mit unseren Transparenten sofort vor ihr Fahrzeug und verteilten unsere Flugblätter. Die Feldjäger, denen ihre ganze Zettelverleiaktion ohnehin sichtlich unangenehm war, waren auf unsere Aktion wohl nicht recht vorbereitet. Es dauerte nicht lange, und sie ver-

ließen den Platz, um an anderen Ende der Fußgängerzone wieder aufzutauhen. Passanten informierten uns darüber. Also gingen wir hinter ihnen her und stellten uns wiederum mit ausgebreiteten Transparenten vor sie. Ihre Argumentation „Wer zuerst da ist, dem gehört der Platz“ fand wir nicht sonderlich überzeugend und machten unbeteiligt weiter. Daraufhin fotografierten sie unsere Aktion und verteilten sie anschließend ebenfalls. Während der ganzen Zeit ergaben sich Diskussionen mit Passanten, teilweise mit starker Zustimmung, allerdings auch ein paar Unmutäußerungen.

Die Aktion war ein voller Erfolg. Wir haben die Feldjäger vertrieben und konnten auch viel mehr Bürger mit Flugblättern und Diskussionen erreichen als wie geplant hatten. ■

Bildungs und Ausbildungen für alle



Kultusminister planen weitere Angriffe. Bundesweiter Widerstand nötig.

Hilmar Kopper von der Deutschen Bank, Reinhard Mohr von der Bertelsmann Stiftung, Peter Meyer-Dohm von der VW AG sowie hochbezahlte Wissenschaftler – das sind die Menschen, die beauftragt und bezahlt wurden, um zu entscheiden, was gut für uns SchülerInnen ist. Ihre Vorschläge: privates Sponsoring, Konkurrenz zwischen Schulen, Ökonomen als Schuldirektoren – kurz: Schulen, die funktionieren wie Betriebe, nach dem Motto: „Gesucht: Lehrer mit Tutor-Erfahrung in Latein und Physik, der bereit ist, zusätzlich die Schulbibliothek und den Schulchor zu leiten.“

Stephanie Richter, David Schultze SchülerInnen aus Kassel

Die Kürzungen im Bildungsbereich machen längst bemerkbar: immer größere Klassen, zu alte Lehrer, immer weniger Kurswahlmöglichkeiten, Frontal-Unterricht. Kürzungen bei

Gesellschaftswissenschaften. Viele LehrerInnen meinen heute schon zwei Klassen leiten, Eingangsklassen sind mit 32-33 SchülerInnen vollgestopft.

Doch die Minister wollen noch eins draufsetzen, um ihre Freundes aus dem Untereinanderlager zufriedenzustellen. So plant der Kultusminister von Baden-Württemberg die Abschaffung des Kurswahlsystems, wobei Deutsches, Mathematik, eine Fremdsprache und die Nebenfächer im Klassenverband unterrichtet werden sollen. Das bedeutet u.a., daß für Abiturrentinnen die Klassenobergrenze von ca. 35 Schülern gilt statt die Höchstzahl für Kurse. Die Prüfungsfächer sollen von vier auf fünf erhöht werden, wobei Deutsch, Mathe, 1. Fremdsprache und 2. Fremdsprache oder Physik feststehen.

KuMi-Konferenz

Auf der Kultusministerkonferenz soll das Gymnasium in seiner „Normalform“ verwandelt werden, d.h. ohne Kunst-, Musik- und Sportprofil. Der bun-

desweit einheitliche Widerstand von SchülerInnen und der GEW hat den geplanten Wegfall des 13. Schuljahres vorerst verhindert. (Die Entscheidung über die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit wurde bis zum Jahr 2000 auf Eis gelegt.) Dies hätte eine Einsparung von 15.000 LehrerInnen (1,5 Milliarden DM) gebracht.

Um diese Einsparung jetzt zu erreichen, werden stattdessen 35 SchülerInnen in eine Klasse gequetscht.

Die letzte Kultusministerkonferenz im Juni hat bereits in aller Heimlichkeit eine massive Verschlechterung der mittleren Reife durchgezogen. Bis jetzt war es schwer, bundesweite Gegenwehr zu organisieren, da die meisten Kürzungen auf Landesebene durchgesetzt werden sollten. Doch wenn bei den nächsten Kultusministerkonferenzen weitere Angriffe bundesweit beschlossen werden, sollten wir die Chance nutzen, eine festige Protestfront zu organisieren. Wir müssen unsere Bildung in die eigenen Hände nehmen. For-

derungen für ein gerechtes Ausbildungssystem sollten folgende Punkte enthalten:

- ★ Keine Kürzungen, sondern mehr Geld für Bildung
- ★ Berufsspezifische Fächer und erweiterte Wahlmöglichkeiten
- ★ Umfassende Freizeit- und Nachmittagsangebote, mehr Ganztagschulen
- ★ Solidarische Gruppenarbeit, Abschaffung des Notensystems, selbstbestimmtes Projektieren
- ★ Organisation der Schulverwaltung und Lerninhalte durch von LehrerInnen, SchülerInnen und Gewerkschaften gewählte Schulleitung; Ausdehnung der SV-Rechte
- ★ Herabsetzung der Klassenobergrenze auf 15 SchülerInnen
- ★ Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und integrierter Gesamtschulen als Regel-schulen
- ★ Wieder Einführung des Schülerbafögs

Bafög am Bedarf orientieren

Bundesregierung spielt Studenten gegen Meister aus. Bafög-Rechenmodelle taugen alle nicht.

Jürgen Rüttgers (CDU) und Finanzminister Theo Waigel (CSU) planen die Umwandlung des Bafögs in ein Volldarlehen ab 1996. Das bedeutet, daß das Bafög künftig nicht mehr aus dem Bundeshaushalt, sondern von der Deutschen Ausgleichsbank finanziert werden soll.

Tanja Studentin, Aachen

Für das Volldarlehen sollen Zinsen von 8% veranschlagt werden, so daß neben der vollständigen Rückzahlung bis zu 20.000 DM an Zinsen anfallen. Mit der eingesparten Milliarde soll das Meister-Bafög finanziert werden.

Die Argumentation klingt einleuchtend. Es gibt zu viele arbeitslose AkademikerInnen, und im Handwerkbereich fehlen Meister. Also weg mit den Studenten. Die Argumentation ist so einfach wie falsch. Zum einen fehlt es an Lehrern, Ärzten... jeder von uns weiß, daß die Schulklassen überfüllt sind und das Durchschnittsalter der Lehrer ansteigt. Jeder von uns weiß auch, wie lange man trotz Termin in einem Wartezimmer zubringen muß. Zum anderen geht es darum, daß aus Sicht der Industrie der Bedarf an studierten Fachkräften gedeckt ist. Aus

es ist sehr wichtig, daß nicht nur an unserer Schule und nicht nur in Aachen solche Aktionen durchgeführt werden. Auch in anderen Städten muß Widerstand organisiert werden. Bildungskomitees, setzt Euch gegen Bildungsklau zu Wehr.

Zukunft erkämpfen

1968 gingen die StudentInnen auf die Barrikaden, danach gab es große Schüler- und Lehrlingsaktionen, die einiges bewegt haben. Die SPD verspricht damals sowohl eine umfassende Bildungsreform wie auch eine Reform der beruflichen Ausbildung. Beides blieb in Ansätzen stecken, 13 Jahre Kohlregierung haben viele Errungenschaften wieder rückgängig gemacht.

1987 entwickelte sich erneut eine bundesweite Widerstandsbewegung gegen die Abi-Deform aus der Schüler-schaft heraus; an der sich Millionen SchülerInnen und StudentInnen gegen Eitribildung, Einführung von Studiengebühren und Wegfall von Planstellen beteiligten. Diese Bewegung wurde von den SPD-Kultusministern verkauft, die falsche Kompromisse mit der CDU schlossen.

Heute unterscheiden sich CDU- und SPD-Bildungspolitik nur noch in der Farbe ihrer Augen.

Es wird Zeit, daß wir Widerstand gegen Bildungsklau und Lehrstellenabbau organisieren. Nötig ist der Aufbau einer großen und bundesweiten Protestbewegung, die SchülerInnen, StudentInnen und Azubis umfaßt; Jugendvertretungen und Gewerkschaften in den Betrieben und Dienststellen, linke Fachschaften und Asten an den Unis; Schülervertretungen und -komitees sollten diesen Herbst beginnen, eine solche Bewegung von unten aufzubauen. Über Gewerkschaften, Bundesschülervertretung und Studentenverbände könnte der Widerstand bundesweit vernetzt und gebündelt werden.

SPD und Grüne lehnen die Regierungspläne ab und schlagen ein elternunabhängiges Bafög vor.

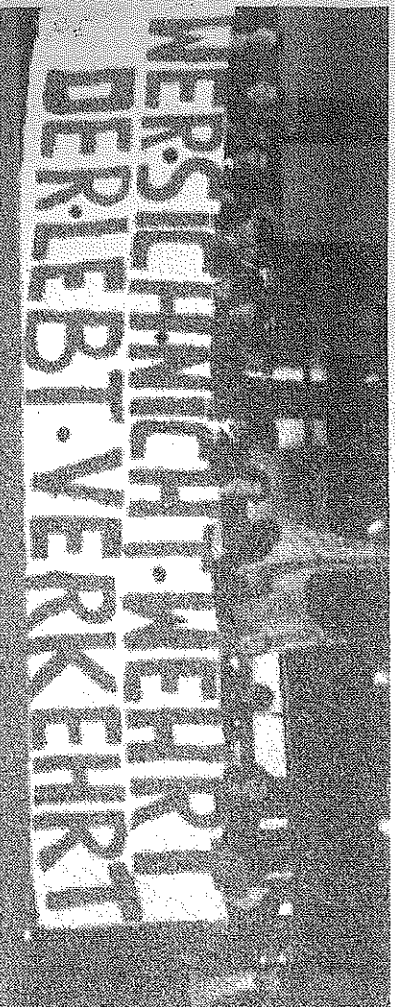
Die SPD will einen Festbetrag von 500 DM für jeden, dafür sollen Kindergeld und Kinderfreibetrag gestrichen werden, so daß unterm Strich keine Verbesserung für die StudentInnen dabei herauskommt. Bedürftige sollen nach Meinung der SPD die Möglichkeit erhalten, sich den Differenzbetrag bei Banken zu leihen.

Die Grünen wollen jedem Studierenden monatlich 1.000 DM zuschießen. Zur Finanzierung soll jeder Student, jede Studentin nach der Uni lebenslang 4% des Bruttogehalts in eine Ausbildungskasse einzahlen, so daß sich das „ganze“ nach etwa 30 Jahren selber tragen soll.

SPD und Grüne: faule Kompromisse

Beide Modelle haben eines gemeinsam: Sie verabschieden sich vom Gedanken einer öffentlich finanzierten, bedarfsorientierten Ausbildungsförderung für alle. Wir bzw. unsere Eltern sollten künftig für alles selbst bezahlen. Wozu zahlen unsere Eltern, wozu zahlen wir selbst später eigentlich Steuern, wenn immer mehr öffentliche Aufgaben zusätzlich noch aus unserer Tasche finanziert werden sollen?

Der halbherzige Widerstand von SPD und Grünen macht den Weg frei für noch härtere Vorschläge der CDU. Wenn sich kein Widerstand regt, dann wird womöglich schon sehr bald über



Bildet Schülerkomitees

Wie sich Aachener SchülerInnen erfolgreich gegen Kürzungen zur Wehr setzen

Noch vor den Schulferien organisierten SchülerInnen der Heinrich-Heine-Gesamtschule in Aachen eine Schulbesetzung, da zu Beginn dieses Schuljahres allein für diese Schule vier Lehrer fehlen und damit über 100 Stunden wöchentlich ausfallen sollten.

Harald Neuber, SAV Aachen

Ich gehe in die 11. Klasse der Gesamtschule und bekomme jeden Tag mit, wie katastrophal die Situation ist. Es fehlen vorne und hinten LehrerInnen, dauernd fallen Unterrichtsstunden aus, aber der vom Kultusminister vorgeschriebene Unterrichtsstoff muß trotzdem gelernt werden.

Das bedeutet, daß wir immer mehr Sachen zu Hause lernen müssen und sie dort natürlich nicht erklärt bekommen. Das läuft dann darauf hinaus, daß die Kinder reicher Eltern sich Nachhilfe nehmen können, während Kinder aus Arbeiterfamilien kein Geld dafür haben

und auf der Strecke bleiben. Aus diesen Gründen haben wir spontan ein Vorbereitungskomitee an unserer Schule gegründet, um einen Schulstreik zu organisieren. Es setzte sich aus 15 SchülerInnen der Oberstufe zusammen, hauptsächlich aus einem Leistungskurs, dessen Lehrer zum Ende des Schuljahres zwangsversetzt werden sollte – entgegen seinem Willen und dem der SchülerInnen sowie anderer LehrerInnen.

Wir hatten sehr wenig Zeit, den Streik zu organisieren. In einer Nacht malten wir Transparente und bereiteten Redebeiträge vor. Am nächsten Morgen sperrten wir die Schule ab und stellten Streikposten auf. Die SchülerInnen schlossen sich alle spontan dem Streik an. Das Interesse war sehr groß, obwohl wir gerade bei den jüngeren SchülerInnen das Gegenteil befürchteten hatten.

Nachdem wir die Schule zwei Stunden lang dichtgemacht hatten, gingen wir in die Aula und machten dort eine Kundgebung, zu der wir vorher Redner von

der Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Aachener Schülerkomitee gegen Bildungs-klau (SAG), der SAV und der Elternvertretung eingeladen haben. Die Reden kamen alle gut an und wurden teilweise sogar von Applaus unterbrochen, besonders die Solidaritäts-Aufrufe an die anderen Schulen.

Von drei anderen Schulen kamen Delegationen, die sich mit uns solidarisch erklärten. Auch die regionale Presse zeigte großes Interesse, und die nachfolgenden Berichte in Presse und Radio waren sehr gut.

Alles in allem war die Aktion ein voller Erfolg. Die vier Lehrer, die uns gefehlt hätten, bekommen wir nun, und der Leistungskurslehrer wurde nicht zwangsversetzt.

SPD und Grüne lehnen die Regierungspläne ab und schlagen ein elternunabhängiges Bafög vor.

Durch den Rechtsruck der SPD und den Zusammenbruch linker Studentenorganisationen fühlt sich die Regierung ermutigt, ihre Pläne durchzusetzen. Sie hoffen darauf, daß es nicht gelingt, den Unmut der StudentInnen zu organisieren. Viele StudentInnen sind sauer, andere haben es schon geschluckt und versuchen, irgendwie durchzukommen.

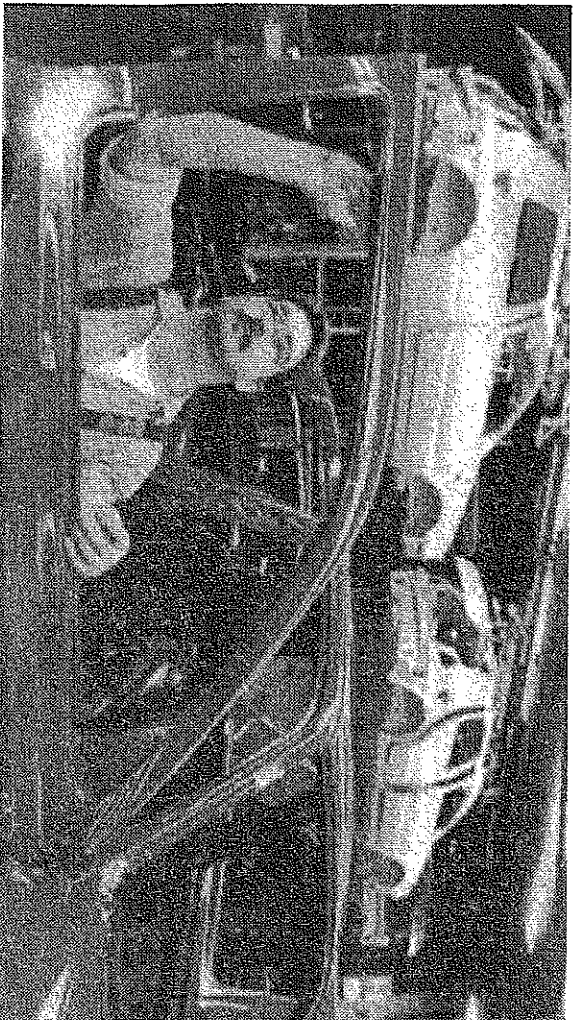
Wir müssen uns aufrufen, selbst aktiv werden und Druck auf linke Studentenvertretungen machen oder sie umkämpfen. Wir müssen erklären, wozu die Reise geht. Schon jetzt erhalten immer weniger StudentInnen Bafög. In NRW bekommen heute nur noch 19,4% aller StudentInnen Bafög, während es 1975 noch 46% waren. Nur 5% der Bafög-EmpfängerInnen bundesweit erhalten den Höchstsatz, der die realen monatlichen Ausgaben damit ohnehin nicht deckt. Der Durchschnittswert im Westen liegt bei 1.242 DM und im Osten bei 864 DM.

Schon heute kommen von 100 StudentInnen nur noch 12 aus Arbeiterfamilien. Der Trend zur Elite-Uni hat schon begonnen. Unsere Forderungen müssen deshalb sein:

- Meisterbafög ja – Bafögumwandlung nein
- Geld für Bildung statt für Rüstung
- darlehensfreies, elternunabhängiges Bafög von 1.500 DM
- kostenlose und gute Ausbildung für alle

Flexibel bis zum Abwinken - nein, Danke!

Saisonarbeit, Wochenendarbeit, Wegfall von Zuschlägen: Die Flexibilisierungs-Offensive der Unternehmer geht weiter



Die 28,8-Wochenstunden-Vereinbarung bei VW brachte über 150 verschiedene Schichtmodelle: vom VW-Arbeiter zum Saisonarbeiter

Am 1. Oktober dieses Jahres tritt die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie in Kraft. Damit ist ein Meilenstein in der Gewerkschaftsbewegung gesetzt worden. Dieser Erfolg wird jedoch durch die Angriffe der Arbeitgeber fundamental bedroht.

Thorsten Sting, Siegen, IGM-Mitglied

Die Kampagne der Unternehmer zur Flexibilisierung der Arbeitszeit nimmt immer konkretere Formen an. Der Samstag soll wieder Regelarbeitszeit werden. Unterstützung bekommen sie dabei nicht nur erwartungsgemäß von der Kohl-Regierung, sondern auch von der SPD. Niedersachsens Ministerpräsident Schröder war der erste Spitzen-

politiker überhaupt, der diese Forderung öffentliche Unterstützung.

Ziel der Kapitalisten und ihrer politischen Helfershelfer ist es, durch die Einführung des Samstags als Regelarbeitszeit, die bisher fälligen Überstundenzuschläge für die ArbeiterInnen einzusparen und die Maschinenlaufzeiten zu erhöhen. Angeblich sollen dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. In Wirklichkeit werden die vorhandenen Aufträge schneller abgearbeitet. Wenn irgendwo Arbeitsplätze entstehen, dann auf Kosten von künftig noch schnellerem Abbau, von Entlassungen oder Betriebschließungen bei der Konkurrenz.

Sonntagsarbeit

Wenn heute der freie Samstag aufgegeben wird, wird morgen der freie Sonntag folgen und übermorgen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Einführung der Wochenendarbeit bei den Reifenherstellern liefert den Beweis. Erst fiel der freie Samstag, dann der Sonntag. Im letzten Jahr hat Arbeitsmi-

nister Blum ein neues Arbeitszeitrechtsgesetz durchgesetzt, wonach Sonntagsarbeit nicht mehr länger nur aus technischen Gründen bei Eisenbahnen oder chemischen Verfahren zulässig ist, sondern auch aus „öffentlichen Interesse“. Danach kann ein Betrieb-Sonntagsarbeit erfolgreich beantragen, wenn er nachweisen kann, daß aufgrund der Arbeitszeitregelung hierzulande eine Benachteiligung gegenüber ausländischen Konkurrenten vorliegt. Hauptvoraussetzung: es muß vorher schon regelmäßig samstags gearbeitet werden. 170 Unternehmen in Deutschland haben das Gesetz bisher dankbar in Anspruch genommen.

Keine weiteren Zuständnisse

Die Industrieergewerkschaften haben in den Tarifverträgen der letzten Jahre bereits Flexibilisierungs-Zuständnisse gemacht. Allerdings waren sie an ganz konkrete Bedingungen geknüpft, was den Ausgleichszeitraum betrifft. Überstunden und Samstagsarbeit mußte vom Betriebsrat genehmigt werden. Gesamtmetall will diese Zustimmungspflicht jetzt kippen. Wenn sie damit durchkommen würde das ein Schlag gegen die betriebliche Mitbestimmung.

Der Einführung der Wochenendarbeit bei den Reifenherstellern hätte sofort der gewerkschaftliche Widerstand entgegen gesetzt werden müssen. Doch was geschah? Die Führung der betroffenen IG Chemie übernahm wortgetreu die „Ar-

gumente“ der Arbeitgeber und sprach von „Standortsicherung“. Die Spitzenfunktionäre sehen sich anscheinend nicht mehr als Interessenvertreter der ArbeitnehmerInnen, sondern als Berater der Konzeme. Startdessen müssen die Gewerkschaften betriebs- und länderübergreifend den Wider-

VW-Bosse frech wie noch nie

Arbeiter sollen „nicht jede Minute Arbeitszeit auf die Goldwaage“ legen

Nicht zufällig kam die Information über den möglichen Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen bis 1998 zum Zeitpunkt der laufenden Hauszertifizierungen bei VW. Damit sollen kampfbereite Kollegen verunsichert werden. Viele fragen sich: Abbau von Arbeitsplätzen, wo wir doch massiv Überstunden fahren?

Thorsten, IGM-Vertrauensmann VW-Kassel

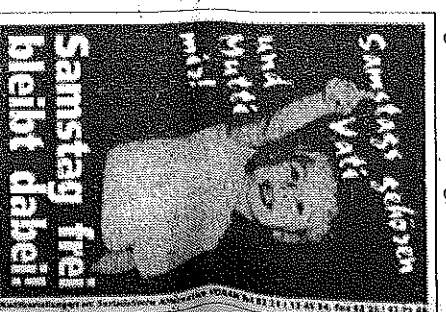
Mit der Forderung nach 6% mehr Lohn und Gehalt, Erhöhung der Ausbildungsvergütung und Fortführung der Beschäftigungssicherung, spricht 28,8 Stundenwoche, gingen die IGM-Verhandlungsführer ins Rennen. Nicht nur die IGM stellte Forderungen, auch die Unternehmer. Dies sind die Hammer:

- Die Ausbildungsvergütung soll dem Flächenarbeitsvertrag Niedersachsens angeglichen werden. Das bedeutet 100-200 DM Lohnkürzung.
- Es soll zwischen 3 und 6 Tage die Woche gearbeitet werden, je nachdem wie es der Markt verlangt.
- Der Samstag soll ein Werktag wie jeder andere Wochentag werden, d.h. Regelarbeitszeit. Auf Nachfrage der IGM ist deutlich geworden, daß VW an etwa 25 Samstage im Jahr denkt.
- Die Zuschläge für Samstagsarbeit sollen gestrichen werden. Damit nicht genug: Die VW-Manager haben laut darüber nachgedacht, daß nicht „jede Minute Arbeitszeit“ auf die Goldwaage gelegt werden „konne. Wenn Arbeit da sei, müsse sie auch geleistet werden, ohne gleich an Bezahlung zu denken. Im Klartext: VW will freiwillige unbezahlte „Aubausunden“.
- Ungehörtlich! Demnachst sollen wir noch Geld mitbringen, damit wir arbeiten dürfen.
- Die IGM-Verhandlungsführer lehnen diese Art der Flexibilisierung ab. Allerdings sind sie leider bereit über weitere Flexibilisierung mit sich reden zu lassen, obwohl wir wahlisch schon flexibel genug sind.

Was ist zu tun? Was denken die Beschäftigten? Zunächst muß die lautende Mehrarbeit abgelehnt werden. Alle inländischen Werke machen Überstunden. Es gibt keinen, der unter 30-Stunden in der Woche arbeitet. Das Ablehnen von Mehrarbeit kann nur ein erster Schritt sein, so ein Kollege bei VW-Kassel. Jetzt muß es so schnell wie möglich zu Arbeitsniederlegungen kommen. Die Unternehmer müssen merken, daß sie

stand gegen Samstag- und Sonntagsarbeit organisieren. Der Arbeitszeitverlängerung muß die konsequente Umsetzung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich sowie die weitere Verkürzung auf 30-Stunden entgegen gestellt werden.

Ein anderer Kollege meint: Wer solche Minimalforderungen stellt wie die IGM, braucht sich nicht wundern, wenn das Unternehmen ein solches Paket auf den Tisch legt. Die beste Taktik wäre gewesen, die Forderungen der Belegschaftszentrale „Rotsiff“ zu unterstützen: 500 DM Festgeld monatlich, 28,8 Stundenwoche von Montag bis Donnerstag, keine Mehr-



Samstag frei bleibt dabei!

Aukleber über die Redaktion VORAN erhältlich

arbeit und Sonderschichten.

Der Druck von Unternehmerseite wächst, und die unternehmerfreundlichen Medien ziehen mit. Wer Privatmenschen sieht, hört meistens so positiv erscheinende Begriffe wie „Flexibilisierungs-Kaskade“, „Beschäftigungsscheck“, „Gleitzeit“ oder ähnliches. Wahrscheinlich angestachelt von Unternehmensverbänden versucht VW, in Sachen Flexibilisierung einen Präzedenzfall zu schaffen.

Um 6% mehr Lohn und Gehalt, 28,8 Stundenwoche ohne Flexibilisierung durchzusetzen ist Folgendes von der Tankommision zu fordern:

- ★ Sofortige Warnstreiks als Aufruf, wenn VW nicht bereit ist, auf die IGM-Forderungen einzugehen, und unmittelbare Einleitung der Urabstimmung
- ★ Weiterhin muß über gemeinsame Aktionen mit der HBK (Ladenschiff) und der öiv (Betriebsöffnungszeiten) nachgedacht werden.



Wer nichts geben will, muß Druck kriegen!

VW-Betriebszeitung Rotsiff zu beziehen über:

Redaktion Rotsiff, Heinrich-Heine-Str. 47, 34121 Kassel, Tel. 05 61/28 58 34

Keine Ausdehnung der Öffnungszeiten

Läden, Banken und Behörden sollen länger öffnen, um Voraussetzungen für weitere Flexibilisierung in der Industrie zu schaffen

Es ist noch nicht lange her, da hat die Kohl-Regierung gegen den Widerstand der HBV den langen Donnerstag durchgesetzt. Angeblich sollten dadurch die Umsätze im Einzelhandel erhöht werden und der Verkauf kundenfreundlicher sein. Die Erfahrung hat gezeigt: die Umsätze waren weiter rückläufig.

Wo sollte das Geld für Einwoke auch herkommen, wenn die Nettolöhne sinken?

Ursel Beck, Köln

Vor allem kleinere Geschäfte haben den langen Donnerstag nach kurzer Zeit aufgegeben. Das Geschäft machen die Einkaufsketten und Kaufhäuser. Anstatt wie versprochen neue

Arbeitsplätze zu schaffen, wurden weiter Jobs abgebaut bzw. bestehende Stellen in ungeschützter Arbeitsverhältnissen verwandelt und die Arbeitszeiten für VerkäuferInnen verschlechtert.

Gleichzeitig ist das Lohnniveau im Einzelhandel nach wie vor mies. Eine Verkäuferin verdient in der Endstufe brutto nur knapp über 3.000 Mark. Trotz enormer Kampfbereitschaft hat die HBV-Führung in der diesjährigen Tarifrunde einen mehr als faulen Kompromiß gemacht.

Flexibilisierungs-Druck

Die Debatte um die weitere Verlängerung der Öffnungszeiten ist ein erneuter Angriff auf die 2,3 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel. Aber auch die Banken und Behörden sollen samstags und abends geöffnet sein. Die Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen sollen so die Voraussetzungen für die eigentlich profitträchtigere Flexibilisierung in der Industrie schaffen. Dienstleistungen zu jeder Tages- und Wochenzeit sollen dem Industriearbeiter ein geregelter Arbeitszeit nehmen. Wenn immer mehr Beschäftigte unregelmäßig arbeiten erhöht sich der Flexibilisierungsdruck auf diejenigen, die das noch nicht tun.

Wessen Partner, Freunde und Freundinnen am Wochenende und abends arbeiten, der hat weniger Gründe zur Verteidigung des regelmäßigen freien Abends und des freien Wochenendes.

SPD als Vorreiter

Die SPD spielt wie bei anderen Unternehmerangriffen nicht nur mit, sondern spielt Vorreiter. Die Landesregierung von NRW hat der Citibank die Ausweitung der Geschäftszeiten für das Direktbankens rund um die Uhr und die Genehmigung für Sonntagsarbeit für die betroffenen Bankengestellten gegeben. Und noch in diesem Jahr soll in mehreren Großstädten an Rhein und Ruhr ein Großversuch mit längeren Ladenöffnungszeiten laufen.

Die Gewerkschaftsführung ist weit davon entfernt, der neuen Flexibilisierungs-Offensive unterschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Die Basis muß das einfordern:

- ★ Keine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten
- ★ Nein zur Flexibilisierung im Unternehmensinteresse
- ★ 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohnausgleich
- ★ Gemeinsamer Kampf gegen die Flexibilisierungsoffensive im Dienstleistungsbereich von HBV und ÖTV, unterstützt von allen DGB-Gewerkschaften

Bustfahrer in Esbjerg/Dänemark

Fünf Monate Protest und Streik gegen Privatisierung

Seit Anfang April jeden Morgen das gleiche Bild: 100-200 KollegInnen blockieren das Busdepot der dänischen Stadt Esbjerg. Sie kämpfen gegen die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs und die damit verbundenen Lohnsenkungen.

Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, z.zt. Bremerhaven

Der Busverkehr in Esbjerg ist durch den massiven Widerstand ein Verlustgeschäft. Aber das private Busunternehmen RI-Bus erhält Schützenhilfe: Der Arbeitgeberverband füllt die Kriegskasse des Unternehmens, um die Bustfahrer niederzuringen. Regierung und bürgerliche Presse unterstützen RI-Bus

ebenfalls. Die täglichen Blockaden des Busdepots werden regelmäßig durch brutalen Polizeinsatz mit Hundestaffeln aufgelöst.

Doch auch auf Seiten der Arbeiter gibt es eine riesige Welle der Solidarität. Gewerkschafter im ganzen Land organisierten Solidarität. Im April folgten auf Initiative von gewerkschaftlichen Basiskomitees 250.000 Arbeiter einem landesweiten Streikaufruf.

Ein Ende des Arbeitskampfes ist nicht abzusehen. Die Arbeiter führen ihn in dem Bewußtsein, daß ein Durchbruch für Privatisierung und Lohnsenkung abgewehrt werden muß. diktiert von Kapital, Regierung und EU. Ihr Kampf ist international beispielhaft und verdient internationale Solidarität.



Kampfszenen aus Esbjerg. Kürzlich wurde ein großer Teil der Streikkasse beschlagnahmt

Chronologie des Kampfes

Der folgende Auszug aus der Chronologie, die uns das Streik-Komitee zugesandt hat, zeigt, wohn auch in Deutschland die Reise geht. Hoffnungen, man könnte mit entsprechenden Veränderungen langfristig Besitzstände und Standards erhalten, erweisen sich als illusionär. Ab einem bestimmten Punkt halten sich die Privatierer einfach nicht mehr an Verträge. Die Geschichte diese Kampfes zeigt auch, daß Einsparungen – sprich Lohnsenkungen und Personalabbau – die Privatisierung nicht verhindern, sondern sie vorbereiten, egal was die Gegenseite behauptet.

Dez. 1992: Beim städtischen Busverkehr Esbjerg sollen jährlich 3 Millionen eingespart werden.

Mai 1993: Nach Protesten wird das Einsparvolkmen auf 1 Million festgesetzt.

Juni 1993: Der Esbjerg-Busverkehr wird ausgeschrieben.

Feb. 1994: Die private Überlandbusgesellschaft RI-Bus übernimmt den Stadtbusverkehr und verlangt Absenkung der Tarife auf das Niveau der Privaten.

Mai 1994: Mit Inkrafttreten des neuen Fahrplans werden 25 Fahrer entlassen, obwohl der Firmenübernahmevertrag die volle Weiterbeschäftigung beinhaltet. Den Entlassenen werden Ausflilsfahrertjobs angeboten.

Juni 1994: Die entlassenen Fahrer blockieren den Betriebshof. Die nicht gelebten Kollektivisten solidarisieren sich und fordern gemeinsam die Wiedereinstellung und Einhaltung des Übernahmevertrags. Die Polizei bricht mit Einsatz von Hunden die Blockade. 4 Kollegen müssen wegen Hundebissen und Nackerwerblich ins Krankenhaus. Das Arbeitsgericht gibt den Streikenden Recht. Alle müssen wieder eingestellt werden. Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. RI-Bus weigert sich, das Arbeitsgerichtsurteil anzuerkennen und wirft alle Fahrer raus. Trotzdem Wiederaufnahme der Arbeit.

Juli 1994: Erneute Arbeitsminderung wegen falscher Lohnabrechnungen, unmöglichen Fahr- und Routenplänen

und Fehlens von Pausen- und Aufenthaltsräumen sowie von Toiletten auf den Linien. Unter Vermittlung des Esbjerg-Bürgermeisters kommt es zu einem Kompromiß.

Aug. 1994: Ein Streikführer wird entlassen, einem anderen die Entlassung angedroht. Die Kollegen reagieren mit sofortiger Einstellung des Fahrtbetriebs.

Sept. 1994: Bürgermeister und Oberstadtdirektor müssen vermitteln. Die entlassenen Fahrer werden wieder eingestellt.

Feb. 1995: Obwohl sich der Privatunternehmer bei dem Kompromiß vom Juli verpflichtet hatte, die bestehenden Löhne zu garantieren, verlangen er Lohnsenkung von ca. 7.500 Mark im Jahr. Die Belegschaft verlangt erneut Lohngarantie. Daraufhin werden alle 82 Fahrer entlassen.

März 1995: Das Busternial in der Stadtmaie wird blockiert. Die Polizei setzt wieder Hunde ein. In einigen Städten kommt es zu Soli-Streiks im Busverkehr.

April 1995: Ab 6.4.95 wird der Betriebshof von RI-Bus täglich mit Streikposten, Eisenketten und Bahnschwellen blockiert.

Die Polizei bicht mit massiver Gewalt die Blockade. Darunter fallen sich 1000 betriebliche und gewerkschaftliche Aktivistinnen in Esbjerg zu einem Kongreß und empfehlen einen landesweiten Streik. **20. April 1995:** Diesem Streikaufruf folgen 250.000 Arbeiter und Angestellte in ganz Dänemark. Zur Information: Dänemark hat 5,17 Mio Einwohner. Das wäre so, wie wenn bei uns 4 Mio streikend würden. Am 25.4.95 treffen sich 2.000 Gewerkschaftsfunktionäre in Kopenhagen, Odense, Århus und Esbjerg zu einer Lagebesprechung. Ab Ende April strömen Blockadeteilnehmer aus ganz Dänemark täglich nach Esbjerg. O-Ton: „Hier ist die Rede von ganz gewöhnlichen Arbeitern, Lohnempfindern, keine Autonome-Randalevolk usw.“

Mai 1995: „Alle Veranstaltungen zum 1. Mai im Land sind von unserem politischen und gewerkschaftlichen Kampf in Esbjerg geprägt.“

Der Staat schlägt zu

Hans-Jürgen, Pressesprecher des Esbjerg Streikkomitees, berichtet: „In den letzten Wochen überschlagen sich hier die Ereignisse. Die Polizei versucht mit allen Mitteln, unseren Widerstand zu zerschlagen. Einige Aktivisten haben das private Auto eines Streikbrechers mit etwas Farbe verschöbert. Die Polizei konnte sie auf frischer Tat ertappen. Juristisch wäre das eine Sachbeschädigung und würde normalerweise mit einem Bußgeld geahndet. Rein zufällig stirbt bei dem Polizeieinsatz ein Beamter an Herzversagen. Einer der Aktivisten, 21 Jahre alt, wird davon psychisch stark mitgenommen. Die Polizei nutzt das aus und setzt ihn unter Druck, bis er einwilligt, als sogenannter Kronzeuge aufzutreten.“

Seit dem Tag wird uns jede nur erdenkliche Sachbeschädigung in Esbjerg angelastet. Eine allumfassende Verhaftungswelle gegen Streikende und Untersützer wurde in Gang gesetzt. Am nächsten Tag wurden 516.000 Kronen unseres Streikgeldes beschlagnahmt, unter

„Ud med RI-Busi – Zum Taufel mit RI-Busi“ Das ist die Lösung der entlassenen Bustfahrer in Esbjerg. Am 18. August führten sie einen weiteren Aktionstag durch. 500 Menschen blockierten das Busdepot und demonstrierten den gesamten Vormittag. SAV-Mitglieder waren aus Deutschland angereist, um die Aktion zu unterstützen.

Ingnar, Dresden

In Esbjerg ist man sich über die Bedeutung des Arbeitskampfes bewußt. Und zwar bei den Streikenden. Unter massiven Polizeieinsatz wurden die Arbeiter vom Busdepot vertrieben, damit das Unternehmen die Busse ausrücken lassen konnte. Nur durch die Polizei ist es überhaupt möglich, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Auch nach Monaten boykottiert die Bevölkerung zu 70% die Privatbusse. Auf der Demonstration begegneten uns einige davon.

Unterstützt die streikenden Bustfahrer in Dänemark

Wir halten es für dringend notwendig, daß besonders ÖTV-KollegInnen folgendes unternehmen:

- Unter KollegInnen, in gewerkschaftlichen Gremien, Betriebs- und Personalräten über den Kampf informieren.
- Soliadressen schicken an Stödgedade 52, 6701 Esbjerg
- Konto für Spenden: Girobank Esbjerg, H.-J. Peters, Konto-Nr. 1651/551.7575
- Anrufe/Schreiben beim ÖTV-Magazin. Fragen, warum nicht berichtet wird und positiven Artikel einfordern mit Aufforderung an Gremien und Mitglieder zu Solidaritätsadressen unter Angabe von Adresse/Telefon in nächster Ausgabe. Telefon-Nr. ÖTV-Magazin: 07 11/20 97-4 11, Fax-Nr.: 07 11/20 97-471.

Aktionstag in Esbjerg

Den Streikbrechern schlug Wit entgegen. In Esbjerg muß sich jeder entscheiden, auf welcher Seite er steht.

Nachmittags wurde die Demo für zwei Stunden unterbrochen, aber anschließend waren alle wieder da, um vor dem Polizeipräsidium zu demonstrieren. Dort wurden massenhaft Selbstanzeigen abgegeben, weil kurzlich vier Kollegen festgenommen worden waren. Die Kollegen meinten: Alle oder Keiner! Mit Liedern und Sketchen wurden auf der Kundgebung Unterstützer, Polizei, Justiz und Politiker entlarvt.

Bustfahrer und Unterstützer erzählten uns vom Aufbau des Kampfes. Sie haben ihr Streikkomitee ganz allein organisiert. Unter seiner Führung kämpfen alle mit hoher Selbstdisziplin. Unterstützer-Komitees mit vielen Basisgewerkschaftern gibt es in allen größeren Städten Dänemarks. Sie verbreiten die Streikzeitung mit einer Auflage von 35.000, organisieren Soli-

P RIVATISIERUNG und Widerstand international

Frankreich

Dreimal hintereinander streikten im März 1995 die KollegInnen von Air Inter in Frankreich, einer Tochtergesellschaft von Air France, gegen die privatrechtliche Organisation und den drohenden Abbau von 600 Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten 2 Jahre. Ende Mai traten die Beschäftigten bei französischer Telekom, Postdienst, Eisenbahn und Energieversorgung gegen Privatisierungsmaßnahmen in den Streik. 55.000 beteiligten sich an einer Demo in Paris. Aus Angst vor weiteren Kämpfen bei Teilkom stoppte die französische Regierung die Umwandlung von France Telecom in eine Aktiengesellschaft und ihre Privatisierung.

Brasilien

Ohne einen Pfennig Streikgeld traten 45.000 Clarbeiter Anfang Mai in Brasilien gegen die Privatisierung der Ölfeldindustrie und Tarifbuch in den Ausstand. Der Streik dauerte 31 Tage und wurde zweimal vom höchsten brasilianischen Arbeitsgericht für illegal erklärt. Die Belegschaften von VW und Ford traten zur Unterstützung der Clarbeiter in einen 2-stündigen Solidaritätsstreik. Schließlich schickte die Regierung das Militär und besetzte 4 Raffinerien. Der Streik endete in einer Niederlage.

Bolivien

Eine Streikbewegung der Lehrer gegen die Privatisierung des Bildungswesens führte zu einem einmonatigen Generalstreik. Die Regierung inhaftierte Gewerkschaftsführer, internationale Proteste erzielten ihre Freilassung.

Argentinien

Beschäftigte eines Wasserwerks in Argentinien besetzen ihren Betrieb, um die geplante Privatisierung zu stoppen. Wegen Angriffen auf die Löhne gab es am 24.6.95 einen Vollstreik der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Britannien

Wegen der anhaltenden Trockenheit wurden von der Regierung im Sommer drastische Einschränkungen des Wasserverbrauchs verordnet. Die Wasserwerke angesprochen, die sich sehr freuen, Leute aus Deutschland bei der Aktion zu treffen. Immer wieder sagten sie uns, wie wichtig es ist, daß dieser Streik auch im Ausland bekannt wird. Wir haben in einer Grubadresse Klagen gemacht, daß wir in den Gewerkschaften, gerade auch in der ÖV, über den Kampf berichten und Unterstützung organisieren wollen. Das ist wichtig für die Kollegen in Esbjerg und für uns hier. Denn es wird überall privatisiert, und die Angriffe der Unternehmer werden immer verdoppelt haben.

Rund 400 Sozialistinnen kamen im Sommer in Gent/Belgien zu einem internationalen Treffen des „Komitees für den Aufbau einer Arbeiterinternationalen“ (KAI) zusammen. Das KAI ist aus dem internationalen Zusammenschluss marxistischer Strömungen und Organisationen hervorgegangen und hat Aktionen in zahlreichen europäischen Ländern sowie auf allen Kontinenten, darunter SAV in Deutschland. Ziel ist der Aufbau einer kämpferischen neuen Arbeiterinternationalen. Denn Sozialismus kann nicht allein in einem Land, sondern letztlich nur international erkämpft werden.

Das diesjährige Treffen befaßte sich vor allem mit den Entwicklungen in Europa.

Eine Woche lang wurde (in britischer Hitze) intensiv über die Entwicklungsperspektiven in Europa diskutiert. Schwerpunkt waren die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die sozialistischen/sozialistischen

Für die sozialistische Erneuerung der Arbeiterbewegung

Arbeiterparteien und mögliche zukünftige Veränderungen im Spektrum der Arbeiterparteien. Denn überall in Europa ist ein Trend zur Verbitgerichung der alten Arbeiterparteien festzustellen: sie nähern sich mehr und mehr den Konservativen an, ihre Verbindungen zur Arbeiterklasse werden immer lockerer, viele Arbeiter sehen in ihnen immer weniger ihre Interessenvertretung.

Arbeiterparteien

Daraus ergab sich die Frage, welche Rolle diese Parteien im Klassenkampf in Zukunft überhaupt noch spielen werden, ob

und wie sich mögliche Abspaltungen oder Gründungen von neuen Arbeiterparteien ergeben. Einig war man sich, daß es in vielen Ländern ein großes Verlangen für eine kämpferische Arbeiterpartei gibt, seit die alten Parteien so weit nach rechts gerutscht sind.

Das KAI betrachtet es daher als zentrale Aufgabe, einen Beitrag zum Wiederaufbau sozialistischer Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung zu leisten. Dies kann letztlich nur im Zusammenhang mit zukünftigen größeren Klassenkämpfen erfolgreich sein. Aber wo immer sich erste Ansätze ergeben, wollen wir aktiv daran teilnehmen.

In Schottland arbeiten die Genossen punktuell mit den Restriken in der Labour Party (britische sozialdemokratische Partei) und dem linken Flügel der SNP (schottische Nationalpartei) zusammen, und wollen für die kommenden ersten Wahlen zu einem schottischen Autonomie-Parlament mit ihnen eine sozialistische Liste bilden. Die schwedische Sektion hat eine Listenverbindung für die Wahl zum Europaparlament im September mit verschiedenen linken und gewerkschaftlichen Gruppen gebildet: Die „Gerechtigkeitsliste – EU-Gegner gegen Sozialabbau“.

Gewerkschaftsarbeit

In einer Kommission von Gewerkschaftern wurde auch über die Möglichkeit internationaler gewerkschaftlicher Kampagnen diskutiert.

Die Macht der Multis und

Banken ist grenzüberschreitend, und die EU als kapitalistischer Zusammenschluß von Regierungen und Konzernen koordiniert europaweit die Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter.

Überall läuft eine Welle von Privatisierungen und Haushaltskürzungen zu Lasten der Bevölkerung. Der europäische Gewerkschaftsbund mußte dem eigentlich internationalen Gegenmacht entgegenstellen, ist aber weit davon entfernt. Daher sieht es das KAI auch als Aufgabe an, in den Gewerkschaften der einzelnen Länder für europaweit koordinierte Abwehrkämpfe einzutreten.

Die Delegierten berichteten über ihre Arbeit vor. Die britische Sektion führt gerade eine Kampagne für die Einführung eines Mindestlohns von 6 Pfund pro Stunde (ca. 13 DM) durch, der auf große Resonanz besonders bei den schlecht bezahlten Schichten, darunter viele Frauen, stößt. Sie organisieren Demonstrationen und Mahnwachen vor solchen Betrieben, die ihre ArbeiterInnen mit Hungerlohn für Im-migrantInnen (absperrten) absperrten und „outen“ die Arbeitgeber, was schon mehrfach zu ersten Erfolgen geführt hat und auch von Gewerkschaftsgliederungen aufgegriffen wurde. Die irische Sektion hat einen landesweiten und erbitert geführten Arbeitskampf bei der Supermarkt-Kette Dunnes unterstützt, wo besonders junge ArbeitnehmerInnen aktiv wurden, in die Gewerkschaft eintraten, - und nach kürzester Zeit uns gebeten haben, beim Aufbau einer Gewerk-

schaftsopposition gegen die bürokratische Führung behilflich zu sein.

Ergebnis der Diskussionen war u.a., daß der Informationsfluß und Austausch der Gewerkschaftsarbeit der einzelnen Sektionen verbessert werden soll. Eine internationale Solidaritätskampagne für die seit 5 Monaten gegen Privatisierung streikenden Busfahrer in Estland/Dänemark (siehe dazu Seite 6) soll durchgeführt werden, weil dieser Kampf ein wichtiges Signal im Widerstand gegen die Privatisierungswelle in Europa ist.

Weitere Diskussions Themen

Leserbrief

Liebe Leute, ich lese Eure Zeitung nun schon länger. Was mir positiv auffällt, ist die konsequent richtige Kritik an den Ursachen der kapitalistischen Dauerkrise des Systems.

Wenn Ihr jedoch an die Umgestaltung der Verhältnisse Richtung Sozialismus geht, fehlt mir etwas „Konkretes“. Wie wollt Ihr eine etwaige Planwirtschaft vor einer drohenden Bürokratisierung mit all ihren undemokratischen und ökonomischen Folgen retten? Direkte, immer mögliche Abwählbarkeit auf allen Ebenen in Politik und Wirtschaft ist zwar der richtige Ansatz, jedoch wohl leider kein Mittel, dem starren Zentralismus beizukommen, der bei einer zentralen Lenkung der Wirtschaft kommen muß.

Solle mensch nicht besser auf dezentrale Eigenverantwortlichkeit der arbeitenden Menschen, egal auf welcher Ebene, unter einer gewissen Kontrolle setzen? Der demokratischste Ansatz ist für mich immer noch das Genossenschaftsmodell mit selbständiger Produktions- und Arbeitsplanung der ArbeitnehmerInnen. Jeder solle sich selbst am besten nach, seinen oder ihren Wünschen und Fähigkeiten ausleben können. So ähnlich hat's doch der alte

Charly Marx geschrieben, oder? Eben das sehe ich bei Euch noch als discussionsbedürftig an. Über meine und über Kritik von anderen LesernInnen sollte mehr in der VORAN stehen und es sollte auch öffentlich im Blatt diskutiert werden.

Ich wünsche mir bei Euch ein Stück mehr Platz für Streitfragen, wie mein Kritikpunkt vielleicht eine ist. Aber natürlich ist Propaganda notwendig und die direkte Aktion am wichtigsten! Eure Auslandsberichte könnten noch länger werden.

Macht weiter und werde besser!

Stefan Hunfeld, Rheine

Die Redaktion bedankt sich für die Kritik und gelobt Besserwerden in den nächsten Ausgaben werden wir uns stärker mit der sozialistischen Alternative befassen. Die Auslandsberichterstattung wollen wir wieder regelmäßig auf zwei internationalen Seiten ausdehnen, sobald wir wieder 12 Seiten produzieren können vor allem eine Frage der Finanzen ist. In dieser Ausgabe sind zwei längere internationale Artikel zu Dänemark und dem Balkan. Kritische LeserInnenbriefe sind immer willkommen und werden, wie auch dieser, veröffentlicht.

Sozialistische Alternative VORAN

Das „Komitee für eine Arbeiterinternationalen“ hat 1992 die Initiative zur Gründung von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ ergriffen. Das Bild zeigt eine Protestaktion der britischen Sektion, Militant Labour, zusammen mit JRE gegen die Zentrale der faschistischen BNP, deren Schließung im Sommer 95 erreicht wurde.



Rostock

Treffen jeden Mittwoch, 19 Uhr, Augustenstraße 112a

Berlin

OG-Süd: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG-Mitraztrn: dienstags 19 Uhr, PDS-Stützpunkt, Allee der Kosmonauten 99
OG-West-Nord: freitags 19 Uhr, Ort telefonisch erfragen
Weitere Infos bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen

Bremen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremerhaven

Jeden Montag, 19 Uhr, SAV-Bürgerbüro, Zepfelinstr. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48

Kassel

OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mornbachstr. 12
OG West: jeden Sonntag, 19 Uhr, Café Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91

Köln

Jeweils donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
Infos unter 02 21 / 13 45 04

Aachen

11.9.: Kampf gegen kommunale Kürzungen am Beispiel Liverpool!
18.9.: „Südafrika nach der Apartheid“
Jeweils 19 Uhr in der Griechischen Gemeinde, Rudolfstr. 18
Weitere Infos unter 02 41 / 50 86 85

Siegen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main

Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75

Stuttgart

OG Mitte: jeden Donnerstag, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: jeden Donnerstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heilich (Böblinger Str. 92)
OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord, Weitere Infos bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfrag



Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche RedakteurIn: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Berger und Bosmann GbR, Kassel
Redaktionsanschrift: Voren, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604
Telefax 0221/137290
Bankverbindung: Post giroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zeh'n Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Kontonr.-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln



zernen „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“. Damit der Wahlkampf der SAV ein Er-

folg wird, bitten wir alle LeserInnen und Leser um eine großzügige Spende.

Spenden bitte an:

Sozialistische Alternative (SAV), Bremerhaven
Stichwort „Wahlkampf“
Städtische Sparkasse Bremerhaven (BLZ 292 500 00)
Konto Nr. 1400 932

Hinweis: Wer Lohn- und Einkommenssteuer bezahlt, bekommt gegen Vorlage der Spendengutrichtung die Hälfte der Spende über den Lohnsteuerjahresausgleich zurück (Maximal 1500 DM). Damit die Spendengutrichtung zugesandt werden kann, bitte auf dem Übersendungsfomular die eigene Anschrift vollständig angeben.

Für den Wahlkampf wurde bisher die Super-Summe von 12.230 DM gespendet und weitere 5.100 DM zugesagt. Fragt bitte Freunde, Bekannte nach Spenden und überweist bitte alle anstehenden Wahlkampfspenden direkt auf das Konto der SAV Bremerhaven.

Wahlkampfunterstützung für Bremerhaven Aktionen und Kampagnen gegen Miethöhen, gegen Bundeswehrhöhen, gegen Atomtest, für Nulltarif im Nahverkehr contra Sommerferien. Für den Kampffonds wurden im Juli 2598 DM überwiesen (Ziel: 4.600 DM).

Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 ich möchte Mitglied der SAV werden.
Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben an: SAV-Stand, Deinen VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
InfoTelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Flächenbrand auf dem Balkan?

Die kroatischen Offensiven im Frühjahr gegen Westslawen und im August gegen die Krajina, der Bruch des Waffenstillstandes durch die bosnische Regierungssammee im April und die serbischen Offensiven gegen die UN-Schutzzone im Sommer haben wieder tausende Todesopfer verlangt und hunderte Tausende Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und sich auf die Flucht zu begeben.

Alle Artikel auf dieser Seite von Vlado Batic und Angela Bankert

Seit der Eroberung der Krajina sommen sich Tudjman und das kroatische Regime in den militärischen Erfolgen ihres Blitzkrieges. Die deutsche und amerikanische Regierung scheinen hochzufrieden. Die Diplomaten der Großmächte sehen Chancen zu Neuauflagen ihrer sog. „Friedenspläne“. Die Gefahr einer Eskalation bestehe angeblich nicht. Tatsächlich ist mittelfristig die Gefahr der Eskalation größer denn je.

1. Warum Serbien vielleicht doch eingreift

Milosevic gerät innenpolitisch durch die militärischen Vorstöße der Kroaten mehr und mehr unter Druck. Die wichtigsten Oppositionsparteien, die sich noch nationalistischer gebärden als selbst das Regime, fordern vehement militärisches Eingreifen. Die gleiche Haltung nimmt die serbisch-orthodoxe Kirche ein, die mittlerweile wieder ein bedeutender Machtfaktor geworden ist. Die Kirchengesetze hat schon die Absetzung Milosevics wegen Verrats serbischer

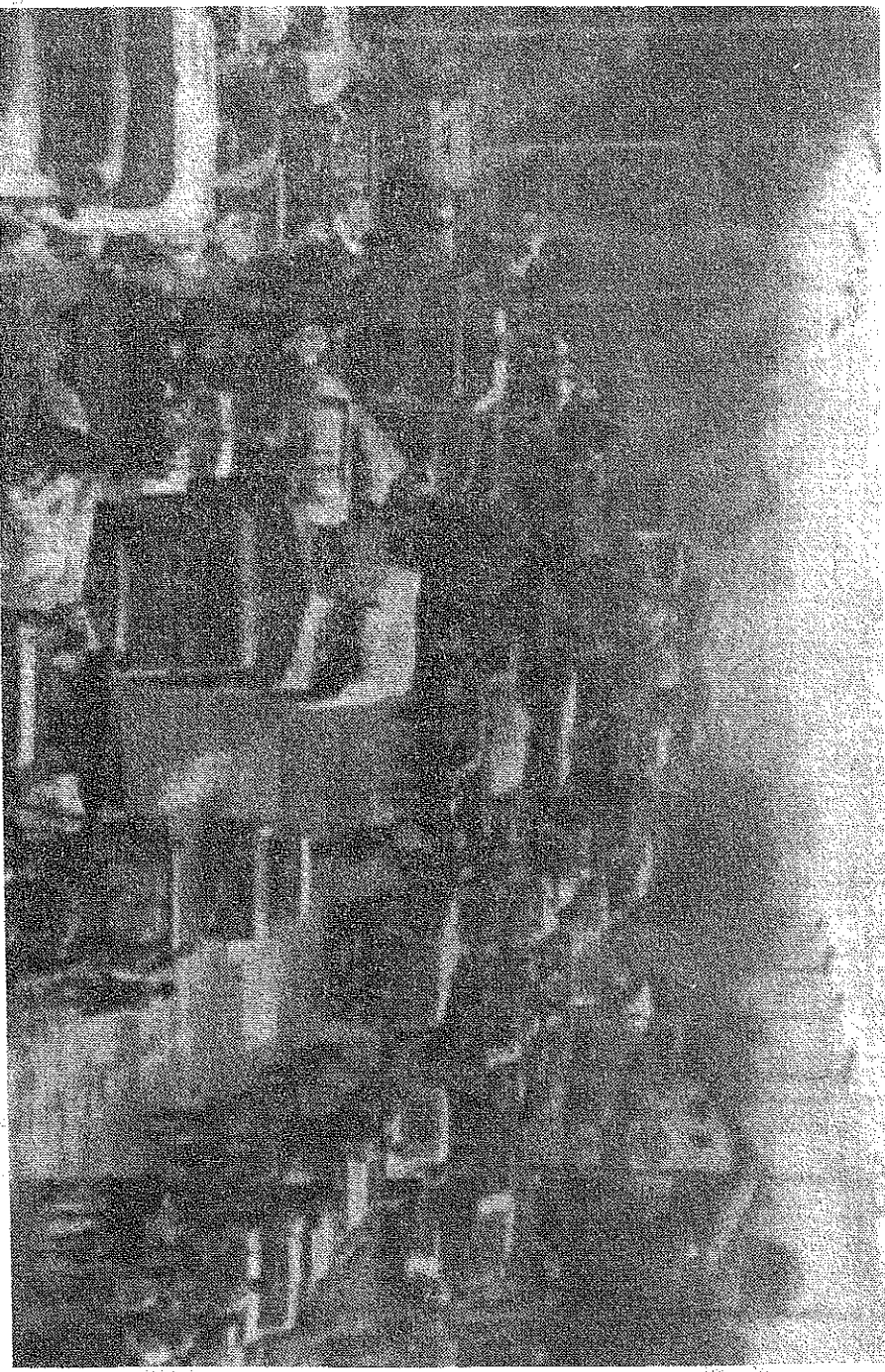
Interessen gefordert. Große Teile der heute in Serbien lebenden Bevölkerung sind Flüchtlinge aus anderen Gebieten Ex-Jugoslawiens. Dies zusammengekommen ist ein gesellschaftliches Druckpotential auf das Milosevic-Regime.

Wenn die kroatisch-moslemische Allianz, ermutigt durch die bisherigen militärischen Erfolge, weitere Gebietsegewinne erzielt, z.B. in Ostslawonien oder Bosnien, würde dies den innenpolitischen Druck auf Milosevic weiter verstärken. Bevor das Regime in Gefahr gerät, gestützt zu werden, würde Milosevic um des Machterhalts willen eher eingreifen.

2. Der Konfliktherd Kosovo

Ein militärisch geschwächtes, von der nationalistischen Opposition bedängtes Milosevic-Regime könnte dazu führen, daß die Unterdrückung der albanischen Bevölkerungsmehrheit in der serbischen Provinz Kosovo verstärkt wird. Inzwischen sind Pläne bekannt geworden, daß Milosevic neu ankommende Flüchtlinge ausgerechnet im Kosovo ansiedeln will. Dies wird den Widerstand der albanischen Bevölkerungsmehrheit dort wieder aufflammern lassen, die nationalistischen Hardliner unter den Albanern stärken und könnte zu einem Aufstand in dieser Provinz führen, in den auch der Nachbarstaat Albanien eingezogen würde.

Wenn sich die Albaner im Kosovo erheben, würde sich die albanische Minderheit im benachbarten Mazedonien anschließen. Mazedonien wiederum liegt im Konflikt mit Griechenland, wo es eine maza-



150.000 Serben müssen nach dem kroatischen Blitzkrieg aus der Krajina fliehen: ethnische Säuberung auf kroatisch

donische Minderheit gibt. Griechenland erkennt weder die mazedonische Nationalität und schon gar nicht den mazedonischen Staat an, und hat ein Embargo gegen Mazedonien verhängt. Griechenland und die Türkei stehen sich seit Jahrzehnten feindlich gegenüber; beide Seiten rüsten seit geraumer Zeit kräftig auf.

Ausgehend vom Kosovo könnte sich über diese Konfliktkette ein Flächenbrand über den ganzen Balkan entwickeln, ausgelöst durch eben die militä-

rischen „Erfolge“ Kroatiens, die heute noch als Befreiungsschlag begrüßt werden.

3. Was passiert mit Bosnien?

Schon 1991 heckten Tudjman und Milosevic die Aufteilung Bosniens aus. Sie streben ein Großkroatien bzw. Großserbien an. Die jüngsten „Friedens“-Pläne der westlichen Diplomaten sehen etwas ähnliches vor: die kroatischen Gebiete Bosniens sollen eine Föderation mit

Kroatien, die serbischen Gebiete eine Föderation mit Serbien eingehen können. Übrig bliebe, wenn überhaupt, ein muslimisches Rest-Bosnien als Zwergstaat.

Alle bisherigen Friedenspläne sind an Zynismus kaum zu überbieten; sie nennen es „Kantonen“, „Schutzzonen“ oder jetzt „Föderation“, und meinen nichts anderes als die Bestätigung der vertorechneten ethnischen Säuberungen und der Aufspaltung Bosniens. Es ist kaum vorstellbar, daß

die bosnischen Moslems dies widerstandslos hinnehmen. Die Saat für neue Bürgerkriege wäre gelegt. Auch hier ergäben sich internationale Verwicklungen, da das bosnisch-moslemische Regime von anderen islamischen Staaten (z.B. Iran) und der Türkei unterstützt und mit Waffen beliefert wird.

Fazit: Entgegen dem ersten Anschein, den Weg zu einer Lösung zu eröffnen, haben die jüngsten Entwicklungen die Gefahr der Eskalation nur noch vergrößert.

Wenn drei dasselbe tun...

Über die Kriegsverbrechen, Massaker, ethnischen Säuberungen der serbischen Regimes unter Milosevic und Karadzic werden wir in den Medien ausführlich und umfassend informiert.

Ganz anders sieht dagegen die Berichterstattung aus, wenn das kroatische oder bosnisch-moslemische Regime die Täter sind. Hier wird mit verständnisvollem bis wohlwolendem Unterton be-

richtet, wenn überhaupt, über serbische Opfer von Mord und Vertreibung erfahren wir in der Regel wenig. Damit soll Stimmung für ein militärisches Eingreifen gemacht werden, für das eine klare Freund/Feind-Front aufgebaut werden muß.

Tudjman - reaktionärer Nationalist und ethnischer Säuberer

Der kroatische Blitzkrieg gegen die serbische Krajina im August 1995 reiht sich ein in die kroatische Politik seit der Unabhängigkeit 1992. In der jugoslawischen Republik Kroatien legte die Verfassung fest, daß die 600 000 SerbInnen ein

gleichberechtigtes, staatsstragendes Volk waren. Mit der Unabhängigkeitserklärung wurde Kroatien unter Franjo Tudjman zum „Staat der Kroaten“ und die SerbInnen, die inmitten der zwölf Prozent der Bevölkerung ausmachten und in der Krajina

Izetbegovic - islamischer Fundamentalist und ethnischer Säuberer

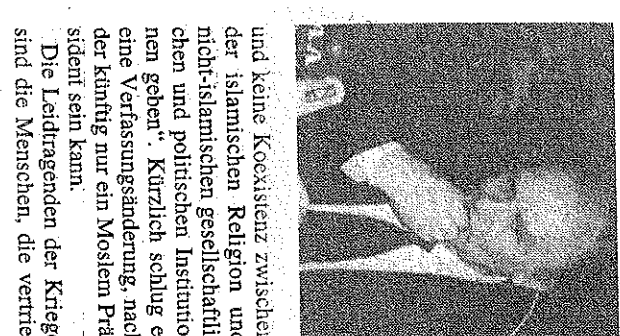
Die bosnisch-moslemische Regierung unter Izetbegovic gibt sich nach außen gern als Verfechter eines multi-ethnischen Staates Bosnien-Herzegowina. Tatsächlich begann Izetbegovic Ende der 80er Jahre als erster damit, in Bosnien eine Partei entlang religiöser Linien aufzubauen, nämlich die heute regierende Partei SDA.

Seine Armee ist keine bosnische, sondern zu 95% eine moslemische. Sein Regime ist ebenfalls für Massaker und Säuberungen verantwortlich. So wurden z.B. im Frühjahr 1993 50 serbische Dörfer in der Umgebung von Sebenica und Bratunac dem Erdboden gleichgemacht; es gab 3.000 Verletzte und 1.200 Kinder, Frauen und

die Bevölkerungsmehrheit stellen, wurden zu BürgerInnen zweiter Klasse. Die Vertreibungen von SerbInnen aus Kroatien hießen „leise“, ab Vielen SerbInnen wurde die Staatsbürgerschaft verweigert, sie verloren dadurch Landbesitz und sonstiges Hab und Gut.

Die Reaktion der SerbInnen in der Krajina auf die Politik Tudjmans war die Ausnutzung einer unabhängigen Republik und die brutale Vertreibung dort lebender Kroaten. Nun hat die kroatische Regierung mit denselben Waffen zurückgeschlagen und den größten Flüchtlingsstrom seit Kriegsbeginn verursacht. Bis zu 200.000 SerbInnen aus der Krajina sind auf der Flucht. Heute leben noch 150.000 SerbInnen in Kroatien. Tudjman und sein Regime streben ein Großkroatien auf Kosten der serbischen Minderheit und der benachbarten Bosnien an.

Die bosnisch-moslemische Regierung unter Izetbegovic er gibt sich nach außen gern als Verfechter eines multi-ethnischen Staates Bosnien-Herzegowina. Tatsächlich begann Izetbegovic Ende der 80er Jahre als erster damit, in Bosnien eine Partei entlang religiöser Linien aufzubauen, nämlich die heute regierende Partei SDA. Seine Armee ist keine bosnische, sondern zu 95% eine moslemische. Sein Regime ist ebenfalls für Massaker und Säuberungen verantwortlich. So wurden z.B. im Frühjahr 1993 50 serbische Dörfer in der Umgebung von Sebenica und Bratunac dem Erdboden gleichgemacht; es gab 3.000 Verletzte und 1.200 Kinder, Frauen und



Alte wurden umgebracht. Mit Opposition springt er nicht weniger rde um wie seine Gegenspieler Tudjman und Milosevic. Die örtlichen Behörden der Stadt Tuzla, die in Opposition zum Regime stehen, sind enormem Druck ausgesetzt und werden sich wohl nicht mehr lange im Amt halten können, der Bürgermeister wird als Vandalenvertreiter bekämpft. Eine Miliz von Abtrünnigen Bosniern unter dem Agrostriellen Abdic wurde im Zuge der kroatischen Offensive gemeinsam mit moslemischen Truppen in Bihac plattgemacht. Izetbegovics Ziel ist die Schaffung eines islamischen Staates, denn nach seiner Meinung kann es „keinen Frieden

Welcher Ausweg?

Auf dem Balkan haben wir es mit verbrecherischen, nationalistischen und menschenverachtenden Regimes auf allen Seiten zu tun. Als Sozialisten unterstützen wir weder Tudjman noch Milosevic, weder Izetbegovic noch Karadzic. Es ist die Aufgabe, gewerkschaftliche und politische Organisationen der Arbeiterklasse und verarmten Bevölkerung aufzubauen die alle ethnischen Gruppen umfassen. Dies wird Zeit brauchen, denn die Wiederherstellung des Kapitalismus aus dem verfallenden Jugoslawien wirtschaftlicher Niedergang und Krieg waren eine schwere Niederlage für die Arbeiterbewegung. Ex-Jugoslawiens haben sie national gespaltene tiefe Wunden geschlagen. Auf kapitalistischer Grundlage gedeihen nur nationale Machtcliquen, rauenische Ausplünderung, Unterdrückung der Minderheiten und immer wieder neue Kriege. Frieden, Demokratie, Menschenrechte und eine lebenswerte Zukunft kann es auf dem Balkan nur dann geben, wenn die ArbeiterInnen der einzelnen Republiken ihre kapitalistischen und nationalistischen Führer stützen und auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen und der vollen demokratischen Rechte aller nationalen Minderheiten in einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Balkans zusammenkommen.

Bosniens Präsident Alija Izetbegovic ist zwar islamischer Fundamentalist, eröffnet aber sich dennoch westlicher Unterstützung. O-Ton Izetbegovic: „Ein multinationales Zusammenleben ist eine ganz nette Sache, aber - das darf ich offen sagen - es ist eine Lüge.“

ben, vergewaltigt und ermordet werden. Wie es auf der Täterseite keinen Unterschied zwischen nicht-islamischen gesellschaftlichen und politischen Institutionen geben.“ Kürzlich schlug er eine Verfassungsänderung, nach der künftig nur ein Moslem Präsident sein kann. Die Leidtragenden der Kriege sind die Menschen, die vertrei-

Bel einem Bankett in London am 6. Mai zeichnete Tudjman diese Skizze für seine Tischnachbarn auf einer Speisekarte: Das dicke S in der Mitte zeigt seine Vorstellung über die künftige Grenzziehung zwischen Kroatien und Serbien. Bosnien kommt darauf nicht mehr vor. Die linke Hälfte einschließl Sarajewo soll Kroatien, die rechte Hälfte Serbien zugeschlagen werden.

